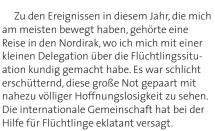
# vorwärtshessen

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

OKTOBER 2016

#### KEINE OBERGRENZE FÜR MITGEFÜHL





Auch Deutschland hat zu lange zugeschaut und zugewartet, als die Flüchtlingskrise scheinbar noch weit weg im Mittleren Osten erkennbar wurde. Das sieht inzwischen sogar die Bundeskanzlerin so.

Die demokratischen Staaten müssen die Standards setzen, wie mit Flüchtlingen umgegangen wird. Das dürfen wir nicht den teilweise autoritär regierten Ländern in Asien oder Afrika überlassen. Schließlich sind fast 60 Millionen Menschen weltweit auf der

Und deshalb habe ich den Satz geprägt: Wenn es keine Obergrenze für Leid gibt, kann es auch keine Obergrenze für Mitgefühl geben. Ja, dieser Satz bezieht sich ganz klar auf die unselige Obergrenzen-Diskussion, die von der CSU angezettelt worden ist. Gegen diesen Vorschlag spricht nicht nur unsere Verfassungslage, sondern vor allem unser Herz und unsere Haltung im Umgang mit Menschen in Not und Elend.

Die Scharfmacher der Union und von weit rechts stehenden Gruppen verdrehen in ihrer Bösartigkeit den Satz zu einer Einladung an alle Flüchtlinge der Welt. Sie säen Hass und Niedertracht, und es ärgert mich besonders, wenn der CDU-Landtagsabgeordnete Hans Jürgen Irmer sich auch noch an die Spitze der Bewegung stellt.

Der Satz der Kanzlerin "wir schaffen das" war schon immer zu dünn, weil sie sich um die Frage gedrückt hat, wie wir das schaffen. Aber nach einem Jahr können wir auch die Zwischenbilanz ziehen, dass viel geschafft wurde. Vor allem von den Kommunen und von unzähligen Ehrenamtlichen. Das ist etwas, worauf dieses Land stolz sein kann und was viel Zuversicht gibt, auch die noch kommenden Probleme – die wahrlich nicht klein sind – zu bewältigen. Mit Haltung statt Hass, mit Empathie statt Rücksichtslosigkeit und mit Solidarität statt Egoismus.

74. Slif- f-Sl

Thorsten Schäfer-Gümbe

#### VORTRAG "VERTEILUNG GERECHTIGKEIT" DIE SCHERE ZWISCHEN ARM UND REICH GEHT

ARM UND REICH GEHT IMMER WEITER AUSEI-NANDER, KNAPP 13 % DER BEVÖLKERUNG SIND ARMUTSGEFÄHRDET.

**DESHALB LADEN WIR EIN** ZU EINEM VORTRAG ZUM THEMA VERTEILUNGS-GERECHTIGKEIT AM 10.11.2016, 19 UHR, GEWERKSCHAFTSHAUS, WILHELM-LEUSCHNER-STRASSE 69, 60329 FRANKFURT AM MAIN MIT PROF. DR. ALEXAN-DER DIETZ, PROFESSOR FÜR DIAKONIEWISSEN-SCHAFT UND SYSTEMATI-SCHE THEOLOGIE UND **EXPERTE DES DEUTSCHEN** INSTITUTS FÜR ARMUTS-

BEKÄMPFUNG.

## **DEMOKRATIE IST LEBENSFORM**

#### GEORG-AUGUST-ZINN-PREIS AN IRIS BERBEN VERLIEHEN

inn war nicht nur ein mutiger Demokrat, er war auch ein progressiver Ministerpräsident. Wir verleihen den Georg-August-Zinn-Preis auch, weil Demokratie nicht nur eine Staats-, sondern auch eine Lebensform ist", begrüßte Thorsten Schäfer-Gümbel zu der diesjährigen Zinn-Preisverleihung an Schauspielerin Iris Berben. Die Laudatio hielt Susanne Selbert. "Heute ist Iris Berben eigentlich nicht hier, weil sie so eine tolle und großartige Schauspielerin ist. Sie ist hier, weil sie sich darüber hinaus in ganz außerordentlicher Weise gegen Ausgrenzung, Antisemitismus, Rechtsextremismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine offene Gesellschaft und sozialen Zusammenhalt engagiert", würdigte Selbert. Iris Berben nutze ihre Bekanntheit und Popularität dafür, um auf Missstände hinzuweisen und gesellschaftliche Fehlentwicklungen anzugehen. Und das seit Jahren.

"Wir haben das große Glück, seit 70 Jahren in Frieden zu leben. Aber Frieden ist etwas Zartes und Flüchtiges. Es ist an der Zeit, uns zu besinnen", mahnte die Preisträgerin selbst. Man müsse sich auf die Worte besinnen, die man sagt, die Behauptungen, die gemacht werden. Und vor allem darauf, dass es nicht für alles eine schnelle und einfache Antwort gibt. "Wir müssen uns zeigen. Konflikte werden nur gelöst, wenn man sich zeigt", beschied Berben. Wer den Mut habe, sich zu zeigen, hole auch andere aus ihrem Schlupfwinkel. Sie selbst habe Menschen getroffen, die ihr beigebracht hätten, was Verständigung wirklich bedeute, erzählt Berben. Dafür sei sie sehr dankbar. Auch weiterhin werde sie ihre Überzeugung, dass alle Menschen ein Recht auf ein lebens- und liebenswertes und gerechtes Leben haben, weiter ver-



Das Preisgeld von 5.000 Euro spendet Iris Berben dem Verein "Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland".

#### 13. VORLESETAG

Am 18. November findet der diesjährige bundesweite Vorlesetag der Stiftung Lesen statt. Mit dieser Aktion soll dem Vorlesen wieder ein höherer Stellenwert gegeben werden. Bereits in den vergangenen Jahren haben sich zahlreiche SPD-Abgeordnete aus Bund, Land und Kommune beteiligt und die Initiative unterstützt. "Vorlesen regt die Kreativität an und macht unsere Kinder stark fürs Leben und zeigt, wie viel Spaß Lesen macht", lädt der Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel zum Mitmachen ein. Auf www.vorlesetag.de kann man selbst zur Vorleserin oder zum Vorleser werden und einsehen. wo bereits Aktionen eingetragen sind.



#### **AFB SETZT AUF ENGE ZUSAMMENARBEIT**

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitsgemeinschaften für Bildung der Bezirke Hessen-Süd und Hessen-Nord standen die aktuellen Arbeitsschwerpunkte in beiden Bezirken im Mittelpunkt, Ziel war der Austausch über das weitere inhaltliche und strategische Vorgehen. Die Hauptthemen, die derzeit die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften der Bezirke Süd und Nord bestimmen, sind u. a. Inklusion, Beschulung von Seiteneinsteigern mit nichtdeutscher Herkunftssprache, Lehrerbildung und Oberstufenreform. Einberufen wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Lehrerbildung unter Leitung von Jan-Patrick Witte. Das Themenfeld "Schule der Zukunft" wird im Kontext einer Überarbeitung des "Haus der Bildung" bearbeitet. Für eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Bezirke wurde beschlossen, eine gemeinsame Arbeitsplattform für die interne Kommunikation einzurichten.

## WIR MACHEN DAS

#### 2. ORTSVEREINS- UND FRAKTIONSVORSITZENDENKONFERENZ IN ALSFELD

ber 300 hessische Ortsvereinsund Fraktionsvorsitzende waren in diesem Jahr zu der nunmehr zweiten Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz nach Alsfeld gekommen. Eine gute Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, so die einhellige Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Viele wichtige Themen wie kostenfreie Bildung, erste Erfahrungen mit der AfD in Kommunalparlamenten, Infrastruktur und die Bundes- und Landtagswahl standen dabei auf der Tagesordnung.

"Der Termin ist für mich mehr als ein Pflichttermin", betonte Thorsten Schäfer-Gümbel. Auch er sei froh über die Gelegenheit, sich direkt austauschen zu können. Im Mittelpunkt seiner Rede standen die Herausforderungen, denen sich die Ehrenamtlichen in der SPD Tag für Tag stellen müssen. "Die Welt ist im Wandel – und das macht etwas mit uns mit iedem Finzelnen. Das ist einer der Gründe, warum heute Menschen gegen TTIP und CETA auf die Straßen gehen. Und das nicht, weil man immer alles versteht. Aber eines verstehen wir ganz genau, nämlich dass sich etwas verändert. Und darüber reden wir entschieden zu wenig", beschied er. "Die SPD muss wieder die Partei des Fortschritts werden. Wir müssen wieder mutig sein.



Wir müssen den Wind des Wandels aufnehmen und Windmühlen bauen, Mauern bauen können andere wesentlich besser", bekräftigte der Landeschef und fand regen Zuspruch von den anwesenden Genossinnen und Genossen. Das bedeute jedoch nicht, die existierenden Sorgen zu ignorieren. Dazu forderte Schäfer-Gümbel wieder mehr und intensivere Diskussionen. Seine Forderung: Man muss darüber nachdenken, was wir alle tun können. "Wir müssen die Partei des Muts und des Aufbruchs sein. Wenn wir die Partei der Angst werden, dann haben wir verloren. Und ich will, dass wir 2018 die 4.000 Stimmen, die uns beim letzten Mal gefehlt haben, dieses Mal zu viel haben. Und ich glaube, wir schaffen das", schloss er seine Rede. Geprägt war die Konferenz von einer konzentrierten Arbeitsatmosphäre: Vieles wurde besprochen, vieles diskutiert.

## LAUF FÜR MEHR ZEIT

ei sommerlichen 30 Grad starteten am 11. September mehr als 4.000 Läuferinnen und Läufer in der Mainmetropole zum "Lauf für mehr Zeit". Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Peter Feldmann fand nun schon zum 21. Mal der Benefizlauf zugunsten der Frankfurter Aids-Hilfe statt.

Auch ein hessisches SPD-Team ging an den Start für die 5 km lange Strecke. Darunter Generalsekretärin Nancy Faeser. Gelohnt haben sich die Anstrengungen in jedem Fall: Mit knapp 120.000 Euro durch gesammelte Spenden und Startgelder geht die Frankfurter Aids-Hilfe als Siegerin aus dem Lauf hervor.



Zum wiederholten Mal beteiligte sich die hessische SPD mit einem bunt gemischten Team an dem Frankfurter Lauf für mehr Zeit.

### NACHHALTIG-**KEITSRAT GEGRÜNDET**

■achhaltigkeit" ist eines der größten Schlagworte des 21. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt stehen dabei meist die Überwindung gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und Ungleichheit sowie Fragen betreffend die Ressourcennutzung. Ein wichtiger und doch oft sperriger Begriff, der nicht zuletzt Politikerinnen und Politiker aller Ebenen beschäftigt. Um diese Fragen verstärkt angehen zu können, hat der Landesvorstand der SPD Hessen den Nachhaltigkeitsrat gegründet, der sich mit Fragen rund um Hessens Klimaschutzund Klimaanpassungspolitik, nachhaltige Entwicklung im Bildungssystem und Konzepte zur Zukunftssicherung ländlicher Räume beschäftigt. Aufgabe des Rates ist die Erarbeitung konkreter Vorschläge für das Bundes- und Landtagswahlprogramm, die im Rahmen des Programmprozesses von den Mitgliedern der SPD diskutiert werden sollen. Für die Leitung wurde Klaus Wiegandt gewonnen. Der ehemalige Topmanager beschäftigt sich seit seiner Pension mit dem Zusammenhang von Ressourcenverschwendung und Klimawandel.

#### SO WIRD'S GEMACHT: SCHULSTARTAKTION



ielerorts finden bereits seit Jahren traditionell Aktionen zum Schulstart in Hessen statt. Oft jedoch mangelt es an Zeit, Ideen und Women-/ Man-Power. Für die SPD in Schwalbach gehört die Schulstartaktion bereits seit Langem dazu. Immer am Freitagnachmittag von 15-17 Uhr werden dort in der ersten Schulwoche nach den Sommerferien kleine Geschenke und Infoflyer an die Schulanfänger und deren Eltern verteilt. Die SPD steht immer auf dem vielbelebten Marktplatz, auf dem an diesem Tag auch Markttag ist. Die Aktion, die vorher immer mit Pressemitteilung und Plakaten im Stadtgebiet angekündigt und beworben wird, stößt immer auf positive Resonanz. Wichtig: In erster Linie geht es um die Einschulkinder und nur in zweiter Linie darum, auf die eigenen politischen Ziele aufmerksam zu machen. Der beste Tag für so eine Aktion ist also nicht der Einschultag.

#### EINBERUFUNG VERTRETERVERSAMMLUNG

Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl der SPD Hessen (§ 5a unserer Sammlung) und vorsorglich außerordentlicher SPD-Landesparteitag (§ 5 unserer Satzung)

#### Samstag, 22. April 2017, Beginn: 10:00 Uhr, Hotel La Strada, Kassel

Der SPD-Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 27.09.2016 nach § 5 der Satzung des SPD-Landesverbands Hessen die Einberufung eines außerordentlichen Landesparteitags und nach § 5a einer Vertreterversammlung nach dem Bundeswahlgesetz zur Aufstellung der hessischen Landesliste für die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag beschlossen.

Antragsschluss für Anträge ist der 11.03.2017.

Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen:

- TOP 1. Konstituierung des außerordentlichen Parteitags
- TOP 2. Grußworte
- TOP 3. Berichte des Landesvorstands
- TOP 4. Aussprache und Beschlussfassung über Anträge

Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl (Vertreterversammlung im Sinne des Bundeswahlgesetzes)

- TOP 5. Benennungen im Sinne des Bundeswahlgesetzes
- TOP 6. Einbringung der Landesliste
- TOP 7. Aufstellung der Landesliste und Beschlussfassung
- TOP 8. Schlusswort, Ende der Vertreterversammlung/des Parteitags gegen 17.30 Uhr

derer Hinweis: Zur Aufstellung der Landesliste bedarf es innerhalb des außerordentlichen Parteitags einer Vertreterversammlung nach dem Bundeswahlgesetz, die besondere Anforderungen an die wahlberechtigten Delegierten stellt. Nach § 4 Absatz 2 der Satzung des SPD-Landesverbands Hessen setzt sich der Landesparteitag aus 350 stimmberechtigten Delegierten zusammen. Stimmberechtigt auf dem Parteitag sind die von den Unteebezirken nach den jeweils gültigen Satzungen gewählten Delegierten. Für die Vertreterversammlung nach dem Bundeswahlgesetz zur Aufstellung der Landesliste der SPD Hessen zum 19. Deutschen Bundestag müssen zusätzlich zu den oben genannten Kriterien an die wahlberechtigten Delegierten der Vertreterversammlung die Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes erfüllt werden.

# HESSISCHE JUSOS HABEN LANDTAGSWAHL IM BLICK

#### SPD-NACHWUCHS WÄHLT NEUEN LANDESVORSTAND

ie hessischen Jusos haben auf ihrer diesjährigen Landeskonferenz in Bad Hersfeld einen neuen Landesvorstand gewählt. Dabei wurde der bisherige Landesvorsitzende Patrick Krug in seinem Amt bestätigt. Schwerpunkt der Arbeit des neuen Landesvorstandes soll die Vorbereitung der Landtagswahl 2018 sein. "Unser Ziel ist klar: Wir wollen diese Wahl gewinnen und eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung mit einer Mehrheit jenseits der CDU. Die SPD kann den Regierungswechsel schaffen, wenn sie mutig und entschlossen die Auseinandersetzung mit Schwarz-Grün sucht, über Grundsätze anstatt Spiegelstriche spricht und die Menschen mit einer klaren Haltung von unseren Ideen eines besseren Hessens überzeugt", zeigte sich Krug zuversichtlich.

Mit Blick auf die momentan im Hessischen Landtag diskutierte Reform der Hessischen Landesverfassung fordern die Jusos, dass die SPD nur dann einen Änderungsvorschlag mittragen dürfe, wenn dieser ein Recht auf kostenlosen Zugang zu Bildung beinhalte. "Bildung ist in unserer Gesellschaft der Schlüssel zum sozialen Aufstieg und für uns ein Menschenrecht, das nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf", machte Krug die Position der Jusos deutlich. Darüber hinaus fordern die Jusos mit Blick auf die 2011 in der hessischen Verfassung verankerte Schuldenbremse, dass nunmehr auch die Einnahmeverantwortung des Landes ernst genommen werden müsse, um so dringend benötigte Investitionen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Wohnen oder Landespersonal bezahlen zu können.



Patrick Krug bleibt Vorsitzender. Seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter: Vivien Costanzo, Natalia Franz, Lara Kannappel, Giorgio Nasseh, René Petzold und Viktoria Spiegelberg-Kamens.

## START IN DIE PROGRAMMDISKUSSION: BILDUNG UND INFRASTRUKTUR

## WOHNRAUM, SCHULEN UND MOBILITÄT WERDEN HAUPTTHEMEN BEIM LANDESPARTEITAG

ie SPD fordert: "Echte Ganztagsschulen statt Stückwerk und Schulgeld am Nachmittag", heißt es in einem der beiden Leitanträge für den Landesparteitag. Der Parteitag am 19. November in Hanau ist gleichzeitig auch der Startschuss für das SPD-Landtagswahlprogramm für 2018. Wahlen stehen nicht auf dem Programm. Damit bietet sich die Gelegenheit, erste Eckpunkte für den Landtagswahlkampf festzuzurren und mit den Delegierten aus den 26 hessischen Unterbezirken inhaltlich zu diskutieren. Der Landesvorstand erarbeitet dazu zwei Leitanträge. Schwerpunkt des ersten Antrags sind bessere Lern- und Arbeitsbedingungen für Hessens Schulen. Neben der Forderung nach echten Ganztagsschulen statt dem schwarz-grünen "Pakt für den Nachmittag" geht es auch um Integration, den Schulbesuch für Flüchtlinge, mehr Schulsozialarbeit, die Einbeziehung behinderter Kinder und die Lehrerausbildung. Ein weiteres Thema der kommenden Jahre ist damit auch der sich verschärfende Lehrkräftemangel. Im zweiten Leitantrag stehen die Themen Verkehr, Infrastruktur und Wohnraum für Hessen im Mittelpunkt. Beide Anträge werden im Web veröffentlicht und den hessischen SPD-Gliederungen zur Diskussion übermittelt – Ergänzungs- und Änderungsanträge aus den Ortsvereinen sind zum Landesparteitag ausdrücklich erwünscht. Weitere Informationen zum Ablauf des Parteitags und die Möglichkeit zur Gastanmeldung von SPD-Mitgliedern gibt es unter

www.spd-hessen.de.

#### DIREKTWAHLEN IN HESSEN

#### 6. November

Andreas Hirsch will Bürgermeister werden

Riedstadt

#### 30. Oktober

Gabriele Winter geht in die Stichwahl um das Amt der Bürgermeisterin Riedstadt

#### WIR GRATULIEREN

#### **Carsten Ullrich**

Bürgermeister von Sinntal

#### Joachim Thiemig

Bürgermeister von Biedenkopf

#### **Manfred Apell**

Bürgermeister von Lahntal

#### **Cornelius Turrey**

Bürgermeister von Oberweser

## DAS NETZWERK POLITISCHE BILDUNG

Die FES Hessen organisiert im Rahmen des Qualifizierungsprogramms für ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger Seminare zum Thema Rhetorik, Konfliktmanagement, Stimmbildung, Teambildung etc.

#### Die Akademie für Kommunalpolitik e. V.,

hat ihren Schwerpunkt in der Fort- und Weiterbildung mit kommunalpolitischem Bezug hat. Dazu gehören fast alle fachlichen Kompetenzbereiche (Haushalt, Sozialpolitik, kommunale Kulturpolitik, Bauund Planungsrecht, Kommunalverfassung).

Die Toni-Sender-Akademie hat ihren Fokus auf die innerparteiliche Bildungsarbeit gelegt. Dabei finden sich die Schwerpunkte in den Bereichen Neumitgliederseminare, Seminare für Führungskräfte, Wahlkampfschulungen, Theorie und Praxis und Seminare zum Aufbau von Parteistrukturen im ländlichen Raum.

Schwerpunkte der po-

litischen Bildungsarbeit des Bezirks Hessen-Nord liegen in dem Bereich der Basisarbeit vor Ort. z. B. OV-Management, Moderation für Sitzungen, Neumitglieder, Kassierer, Mitgliederwerbung, Wahlkampfseminare und Seminare für Führungskräfte. In Erweiterung seines Angebots finden in enger Kooperation mit der Hessischen Tribüne e. V. Veranstaltungen zu gesellschaftspolitischen

Themen statt.

# POLITISCHE BILDUNG: ÜBERZEUGEN STATT ÜBERREDEN DREI FRAGEN AN MICHAEL SIEBEL, LANDTAGSABGEORDNETER UND AKTIVER TRAINER

#### vorwärts Hessen:

Was ist eigentlich politische Bildung?

Michael Siebel: Politische Bildung ist das Wichtigste auf dem Weg zu einem mündigen Staatsbürger. Nur wer politisch gebildet ist, kann das politische Geschehen im Land mitgestalten. Es geht um die Vermittlung der Prinzipien der Demokratie, Toleranz und Kritikfähigkeit sowie die Befähigung zu aktiver Beteiligung am politischen Geschehen.

#### vorwärts Hessen:

Warum ist politische Bildung für die SPD wichtig? Und warum ist sie dir wichtig?

Michael Siebel: In den 70er-Jahren wurde der sogenannte Beutelsbacher Konsens formuliert. Darin werden drei Grundsätze der politischen Bildung formuliert: Es ist nicht erlaubt, Menschen – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbstständigen Urteils zu hindern. Was in der Wissenschaft und der Politik kontro-



Michael Siebel ist Landtagsabgeordneter, Geschäftsführer der AfK, Vorsitzender der Toni Sender Akademie e. V. und begeisterter Trainer.

vers ist, muss auch in der politischen Bildung kontrovers bearbeitet werden. Und: Menschen müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigenen Interessen analysieren zu kön-

nen. Das ist gerade für Sozialdemokraten wichtig, weil sie aktive politische Akteure sind.

#### vorwärts Hessen:

Welche Angebote gibt es in Hessen?

Michael Siebel: In Hessen sind vier Bildungsträger den Zielen der sozialen Demokratie verpflichtet: die FES Hessen, die Akademie für Kommunalpolitik, die Toni-Sender-Akademie e. V. (Bildungsakademie des SPD-Bezirks Hessen-Süd) und die Tribüne e. V. in Kassel mit den Bildungsaktivitäten im SPD-Bezirk Hessen-Nord. Die Bildungsträger sind seit 2007 im Netzwerk politische Bildung Hessen zusammengeschlossen. Zwischen den Bildungsträgern finden ein regelmäßiger Austausch und eine Koordination der Bildungsangebote statt. Diese Form der Abstimmung hat sich als ausgesprochen erfolgreich erwiesen, ist bundeweit einzigartig und hat inzwischen Vorbildcharakter auch für andere Bundesländer.

### **GEMEINSAM WAHLEN GEWINNEN**

usammen sind wir stark, dieses Motto gilt besonders für Wahlkämpfe", so Generalsekretärin Nancy Faeser. Der Landesverband bietet allen SPD-Gliederungen in Hessen jetzt handfeste Unterstützung in Direktwahlkämpfen wie Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landratswahlen an. "Direktwahlen sind eine große Herausforderung für Ortsvereine und Unterbezirke, personell und finanziell. Gemeinsam können wir professionell planen, vor Ort gute individuelle Ideen entwickeln und das maximale Wahlergebnis für unsere SPD herausholen", betont Faeser, die selbst noch Ortsvereinsvorsitzende der SPD Schwalbach ist. Das Angebot des Landesverbandes umfasst verschiedene Module. Im Zentrum stehen die Beratung

zur richtigen Wahlkampfstrategie und die Entwicklung eines Wahlkampfkonzepts. Unterstützt wird auf Wunsch aber auch bei der Erstellung von Druckmaterialien, beim Social-Media-Wahlkampf und bei der konkreten Kampagnenplanung. Mit dem Mobilisierungsplaner kann dabei gezielt datenbasierter Wahlkampf angeboten werden.

Dazu hat der Landesverband ein neues Referat für Wahlkampfmanagement, Mobilisierung und Direktwahlen geschaffen. "Direktwahlen haben enormen Einfluss auf die Partei vor Ort", betont auch der Landesvorsitzende der SPD Hessen, Thorsten Schäfer-Gümbel. Fragen zu dem neuen Angebot beantwortet gerne Landesgeschäftsführer: Dr. Wilfried Lamparter, Tel.: 0611 9997741, Mail: dr.wilfried.lamparter@spd.de

# INTEGRATION DURCH SPORT – SPORTFORUM

**DER SPD HESSEN** 

ereinssport bringt Menschen zusammen und erleichtert damit die Integration - wenn Politik, Vereine und Verbände gut zusammenarbeiten und gemeinsam die nötigen Voraussetzungen schaffen. Dies war das Fazit des Sportforums der SPD Hessen, das am 8. Oktober in Frankfurt stattgefunden hat. Vertreterinnen und Vertreter aus dem Sport sowie Migrantenverbänden und Integrationsexperten diskutierten über ihre Erfahrungen, berichteten von Erfolgsmodellen, aber auch Problemen. Für uns ist klar: Politik muss Vereine und Verbände an dieser Stelle unterstützen. Und genau das wollen wir tun.

### SPD HESSEN SHOPPEN

Is einer von vier Landesverbänden hat die SPD Hessen seit kurzem ein eigenes Länderportal. Auf www.spd.de findet sich der Login. Unter "Mein Bereich" geht es dann zum Shop. Im Länderportal kann zunächst zwischen Gedrucktem und Werbeartikeln gewählt werden. Hinter dem Button "Gedrucktes" finden sich die hesseneigenen Materialien wie die Rote Liste, die Publikation "Starke Städte und Gemeinden. Leitlinien für eine vorsorgende Kommune.", Handbücher zum Internetwahlkampf und zur politischen Kommunikation in der Kommunal-

politik. Ganz neu ist die Broschüre zum Thema Direktwahlen, in der das neue Referat und das Angebot des Landesverbandes rund um Direktwahlen vorgestellt werden. Bald wird es auch hessische SPD-Materialien geben. Also: Reinschauen lohnt sich.



# VERFASSUNGSREFORM: SOZIALE GRUNDRECHTE WEITERENTWICKELN

m Rahmen der Enquetekommission zur Reform der Landesverfassung hat die SPD im Hessischen Landtag Vorschläge zur Modernisierung präsentiert. "Die SPD war schon immer eine Verfassungspartei, die bereits 1946 prägend an der Erarbeitung der hessischen Verfassung mitgewirkt hat. Deswegen ist es uns eine Verpflichtung, auch die Reform der Landesverfassung entscheidend mitzugestalten", sagte Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel. "Wie in keiner anderen Landesverfassung werden in der hessischen die sozialen und freiheitlichen Grundrechte betont und definiert. An diesen historischen Auftrag wollen wir anknüpfen. Wir wollen eine moderne Verfassung, die den sozialen und liberalen Charakter nicht konserviert, sondern zukunftsfähig macht", so der Partei- und Fraktionsvorsitzende. Zentraler Punkt für die SPD sei das Recht auf kostenfreie Bildung. Daher wolle die hessische Sozialdemokratie in einer überarbeiteten Landesverfassung die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studienabschluss verankern. Susanne Selbert, die Vorsitzende der von der hessischen SPD eingesetzten "Kom-

mission Verfassungsreform", betonte, dass die Landesverfassung unbedingt weiterentwickelt werden müsse. Die SPD wolle zudem die Inklusion behinderter Menschen als Staatsziel in die Landesverfassung einfügen. Das Land soll sich explizit für die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe einsetzen. Auch Kinderrechte sollen nach Ansicht der hessischen SPD Ein-

gang in die hessische Verfassung finden. Norbert Schmitt, der Obmann der SPD in der Enquetekommission Verfassungskonvent, betonte, er halte es für essenziell, im Zuge einer Verfassungsreform die parlamentarischen Minderheitenrechte spürbar zu stärken. Auch das parlamentarische Kontrollgremium zur Kontrolle der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des Landes müsse endlich verfassungsrechtlich verankert werden.



Streben eine moderne Verfassung für Hessen an: (v. l. n. r.:) Norbert Schmitt, MdL, Susanne Selbert, Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL

## KEIN SCHLÜSSIGES KONZEPT FÜR REDUZIERUNG DER WOCHENARBEITSZEIT

ach Ansicht des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, hat die schwarz-grüne Landesregierung kein schlüssiges Konzept zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte. "Die wöchentliche Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten in Hessen soll von 42 auf 41 Stunden zum 1. August 2017 reduziert werden. Die Antwort des Innenministeriums beweist jedoch, dass die Landesregierung kein schlüssiges Konzept dafür hat. Wir befürchten, dass sich für viele Beamtinnen und Beamten nichts ändern wird und sie genauso lange arbeiten müssen wie bisher", sagte Rudolph. Im Polizeibereich fehlten Polizistinnen und Polizisten, um eine reale Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu erreichen. Die Landesregierung habe einräumen müssen, dass die Polizeianwärterinnen und -anwärter, die zur Umsetzung der Reduzierung zusätzlich eingestellt würden, erst in den Jahren 2018 und 2019 eingesetzt werden könnten. Die Zeit bis dahin müssten die vorhandenen Bediensteten überbrücken, so der SPD-Politiker. Nicht nachvollziehbar sei für die SPD zudem, dass nach der Verkürzung keine weiteren Zeiten auf dem Lebensarbeitszeitkonto angespart werden könnten. "Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass nun die einundvierzigste Wochenarbeitsstunde dem Lebensarbeitszeitkonto zugeführt wird", so Rudolph.



Attackierte die Landesregierung: Günter Rudolph, MdL

#### STEUERHINTERZIEHUNG IST DIEBSTAHL AN DER ALLGEMEINHEIT

n der Parlamentsdebatte zur Steuerhinterziehung hat der steuerpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Gerald Kummer, Kritik an den bisherigen Maßnahmen der Landesregierung im Kampf



gegen den Steuerbetrug geübt. Kummer - früher selbst Finanzbeamter und Großbetriebsprüfer – betonte, dass Steuerhinterziehung Diebstahl an der Allgemeinheit sei und entsprechend geächtet und hart bestraft werden müsse. Milde oder gar Verständnis für die Täter dürfe es hier nicht geben. Dem Finanzminister warf Kummer Augenwischerei vor. Schon bisher hätten die Landeshaushalte 650 Finanzanwärterstellen ausgewiesen, der Aufwuchs für 2017 betrage lediglich 35 zusätzliche Stellen. Dem angekündigten Aufbau von 80 zusätzlichen Dienstposten für den Innendienst stehe der Abbau von 71 Stellen nach dem Stellenabbauprogramm gegenüber. "Es stimmt also nicht, dass die Personalmaßnahmen die Finanzverwaltung maßgeblich stärken", kritisierte Kummer.



#### SCHWANGEREN-KONFLIKT-BERATUNG VERBESSERN

Die frauenpolitische

Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Lisa Gnadl, hat die unzureichende Novellierung des Gesetzes zur Schwangerenkonfliktberatung kritisiert: "Die schwarz-grüne Landesregierung hat versäumt, die berechtigten Forderungen aus der Regierungsanhörung von Menschen aus den Verbänden und Trägern der Beratungsstellen, die die Bedürfnisse aus der täglichen Praxis kennen, zu berücksichtigen. Stattdessen schreibt die Regierung den Status quo fort. Schwarz-grün ist es nicht daran gelegen, die Beratungsangebote für Schwangere im Konfliktfall substanziell zu verbessern." Die Landesregierung fördere nur das absolute Mindestmaß. Keine Berücksichtigung finde, dass die Beratungsstellen in den letzten Jahren mit immer neuen Aufgaben betraut worden seien und sich mit neuen Herausforderungen konfrontiert sähen.



#### **JEDES SCHUL-KIND MUSS SCHWIMMEN LERNEN!**

Die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Hartmann hat der schwarz-grünen Landesregierung vorgeworfen, die besorgniserregende Zunahme der Zahlen von Nichtschwimmern und damit verbundenen tödlichen Badeunfällen zu ignorieren. "Eine Umfrage hat leider erneut bestätigt, dass viele Kinder keine Chance haben, im Rahmen des Schulsports schwimmen zu lernen. Dieser Umstand ist nicht hinnehmbar! Die Landesregierung täte gut daran, die Kritik des Präsidenten des Landessportbundes und langjährigen CDU-Abgeordneten, Dr. Müller, ernst zu nehmen, der der Landesregierung Versäumnisse beim Erhalt von Schwimmbädern vorwirft und befürchtet, dass Hessen ,ein Land der Nichtschwimmer wird.' Dies müssen wir verhindern. Jedes Schulkind muss schwimmen können!", so die SPD-Abgeordnete.

## GEBÜHRENFREIE KITAS ALS GRUNDSTEIN

■ ine Reihe von Themen, die Landes- und Kommunalpolitik gleichermaßen beschäftigen, waren Gegenstand der von Günter Rudolph moderierten Gesprächsrunden bei der Fraktions- und Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz in Alsfeld

Für gebührenfreie Kitas sprach sich die Diskussionsrunde zum Thema "kostenfreie Bildung von Anfang an" aus. Gisela Stang, Hofheimer Bürgermeisterin und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, kritisierte, dass das schwarz-grün regierte Land sich bei der Finanzierung der Kitas "einen schlanken Fuß" mache. "Obwohl es so heißt, fördert das Kinderförderungsgesetz keine Kinder, sondern hindert uns, Qualität zu sichern." Der Niestetaler Bürgermeister Andreas Siebert wies auf die Schwierigkeit hin, genug Erzieherinnen und Erzieher für die Kitas zu gewinnen. Die beruflichen Perspektiven für den Nachwuchs seien unzureichend. Günter Rudolph begründete die Initiative der SPD-Landtagsfraktion für gebührenfreie Kitas damit, dass die frühkindliche Bildung den Grundstein für den Bildungserfolg lege. Deshalb müssten Kitas genauso wie Schulen und Hochschulen gebührenfrei sein.



Vom Land im Stich gelassen fühlt sich die kommunale Ebene beim Thema Kinderbetreuung. Diskussionsrunde mit Andreas Siebert, Gisela Stang und Günter Rudolph.

Dies wolle die SPD-Fraktion auch in der hessischen Verfassung verankern.

Von den unterschiedlichen Erfahrungen mit den Vertretern der AfD, die nach der Kommunalwahl in die Kreistage und einige Stadtverordnetenversammlungen eingezogen sind, berichteten Swen Bastian (Vogelsberg), Tobias Eckert (Limburg-Weilburg) und Christine Jäger (Wetterau). Das Spektrum reiche von völligem Desinteresse und Ahnungslosigkeit bis zu Anträgen mit klar rechtsradikalem Inhalt. Die Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur war Thema der Diskussion mit dem Landtagsabgeordneten Rüdiger Holschuh, dem Licher Bürgermeister Bernd Klein und Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion. Das Land vernachlässige sowohl den Landesstraßenbau als auch die Finanzierung des ÖPNV.

## LANDESREGIERUNG BEI STIFTUNG IN ERKLÄRUNGSNOT

**TEINANDER** 

■ inen Verstoß gegen das Stiftungsgesetz sieht die SPD-Landtagsabgeordnete Ulrike Alex bei der Landesstiftung "Miteinander in Hessen". Anders als gesetzlich vorgeschrieben, sei das Stiftungsvermögen nicht erhalten worden, sondern geschrumpft. "Im Jahr 2014 hat 'Miteinander in Hessen' fast viermal so viel Geld für sich selbst ausgegeben wie für die Projekte, die sie eigentlich fördern soll. Und 2015 wurde – gegen Recht und Gesetz – das Stiftungsvermögen geschmälert. Diese Stiftung verbrennt Hunderttausende, ohne nachhaltig zu wirken", so Alex. Es sei ausschließlich den hartnäckigen Nachfragen der SPD-Fraktion und kritischen Medienberichten geschuldet, dass die Stiftung nun Veränderungen

in ihrer Struktur angekündigt habe. "Auf einmal merkt die Landesregierung selbst, dass ,Miteinander in Hessen' in seiner bisherigen Form gar nicht

funktionieren kann. Da hat man ein Kuratorium aus 30 Prominenten zusammensucht, um sich mit möglichst vielen großen Namen zu schmücken – und war anschließend erstaunt, dass die meisten dieser bekannten Persönlichkeiten gar keine Zeit für Kuratoriumssitzungen einer eher nachrangigen Landesstiftung hatten. Deswegen war das Kuratorium über weite Strecken gar nicht beschlussfähig, die Stiftungsarbeit lag brach", beklagte die SPD-Abgeordnete.

"Weit über eine Million Euro im Jahr zahlt das Land für diese Stiftung. Von den versprochenen finanziellen Mittel Dritter ist weit und breit nichts zu sehen. Von den angekündigten Gewinnen durch eine geschickte Anlagestrategie ebenfalls nicht", bemängelte Alex, die im Wege einer

> Großen Anfrage an die Landesregierung weitere ≝ Aufklärung über die Tätigkeit, die Strukturen und die Finanzierung der Stiftung eingefordert hat.

#### HARTE VERHANDLUNGEN MIT KANADA BEI CETA

nterstützung für die Verhandlungen von Bundeswirtschaftsminister Gabriel mit der EU-Kommission und der kanadischen Regierung zum Freihandelsabkommen CETA hat der in-

dustrie- und außenwirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stephan Grüger, zugesagt. Grüger wies darauf hin, dass die kommunale Daseinsvorsorge in der CETA-Negativliste von Privatisierungsvorgaben ausgenom-



men werde. Auch die öffentlich-rechtliche und transparente Gestaltung des in CETA vorgesehenen Handelsgerichtshofs sei ein Verhandlungserfolg. Kanada habe angekündigt, im Rahmen der CETA-Ratifizierung auch die noch nicht ratifizierten Kernarbeitsnormen zu ratifizieren. "Die umfassende Anerkennung von Arbeitnehmerrechten war sowohl für die Gewerkschaften als auch für die SPD immer eine zentrale Forderung an die kanadische Regierung – und es ist ein Erfolg, dass wir uns damit durchgesetzt haben", machte Grüger deutlich.

## KALIBERGBAU: ES GEHT UM 4.400 ARBEITSPLÄTZE

achdem rund 12.000 Kali-Kumpel mit ihren Familien und vielen Unterstützern mit einer Menschenkette für den Erhalt der Kali-Industrie im Werratal demonstriert haben hat der Landtag auf Antrag der SPD über die Zukunft des Bergbaus in der Grenzregion Hessen-Thüringen debattiert.

"Die Kali-Kumpel haben zu Recht auf ihre Sorgen aufmerksam gemacht. Diese Sorgen teilt die ganze Region. Der Kali-Bergbau ist unmittelbar die Existenzgrundlage für viele Tausend Familien. Und mittelbar ist er das wirtschaftliche Rückgrat einer ganzen Region", sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. Die Kurzarbeit in den vergangenen Monaten sei ein hoch dramatisches Warnsignal. "Die Menschen erwarten, dass der Hessische Landtag sich mit ihnen solidarisiert. Und ich erwarte dies ganz dezidiert auch von der schwarz-grünen Koalition", forderte Schäfer-Gümbel. Die schwierige Situation heute sei auch eine politische Altlast der CDU-Umweltminister seit 1999, die der Zuspitzung lange nur zugesehen hätten. Das Unternehmen benötige dringend Planungs- und Investitionssicherheit. Die zu

LÄRMOBERGRENZE

**NOCH PLANBAR** 

WEDER RECHTSSICHER

schaffen, sei die Aufgabe der Landesregierung. Auch bei der Kali-Produktion gelte es, die Ansprüche von Arbeit und Umwelt miteinander zu vereinbaren. Den Scha-



den für das hinhaltende Vorgehen in der Vergangenheit dürfen jetzt aber nicht die 4.400 Beschäftigten des Werks Werra und ihre Familien haben.



Menschenkette im Werratal. Thorsten Schäfer-Gümbel und viele andere Sozialdemokraten solidarisieren sich mit den Beschäftigten der Kali-Industrie.

## DIE GEBÜHRENFREIHEIT FÜR KINDER-**TAGESSTÄTTEN WIRD KOMMEN!**

er von der Landesregierung präsentierte Vorschlag für eine Lärmobergrenze am Frankfurter Flughafen ist nach Ansicht des SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden, Thorsten Schäfer-Gümbel, "weder rechtssicher" noch "planbar". "Wir haben immer für die Umsetzung aller fünf Kernpunkte der Mediation zum Frankfurter Flughafen gestanden und damit auch eine rechtssichere und planbare Lärmobergrenze gefordert. Der nun vorliegende Vorschlag ist für die Menschen und für die Airlines das genaue Gegenteil. Er zielt eindeutig darauf, Zeit zu gewinnen. Eine freiwillige Vereinbarung kann nicht rechtssicher und planbar sein. Die Ankündigung, im Falle eines Scheiterns der freiwilligen Vereinbarung die Betriebsgenehmigung zu ändern, ist eine untaugliche Drohung. Die Betriebsgenehmigung kann aus Gründen der Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung geändert werden. Wenn diese Begründung ernsthaft in Erwägung gezogen wird, müsste die Landesregierung unmittelbar und sofort handeln. In einem Jahr das Instrument zu ziehen, ist ein untauglicher Versuch, der höchstwahrscheinlich nicht gerichtsfest ist", so Schäfer-Gümbel. ■

ie gebührenfreie Kinderbetreuung wird kommen!", sagte der sozial- und familienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Merz in seinem Redebeitrag in der Zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der SPD zur Ausweitung der Gebührenfreiheit. "Die Ablehnung unseres Gesetzentwurfs bedeutet nicht das Ende der Debatte, sondern sie ist erst der Anfang. Schon bei der Debatte über die Reform der hessischen Verfassung werden die Regierungsfraktionen erneut Gelegenheit haben, sich zu unserem Vorschlag der Verankerung der



im Hessischen Landtag

Gebührenfreiheit für die frühkindliche Bildung in der Verfassung zu verhalten", sagte Merz.

Die Gebührenfreiheit sei in mehrfacher Hinsicht ein Gebot der Gerechtigkeit. "Es ist nicht einsehbar, dass der Besuch von Schulen und Hochschulen kostenlos ist, in der frühkindlichen Bildung – unstreitig ein Bestandteil des Bildungssystems – aber den Eltern eine zum Teil ganz erhebliche Kostenbeteiligung mit steigender Tendenz abverlangt wird. Es ist auch nicht einsehbar, dass manche Bundesländer die frühkindliche Bildung beitragsfrei stellen und dass auch in Hessen selbst die Eltern von Ort zu Ort höchst unterschiedliche Verhältnisse, von vollständiger Kostenfreiheit bis hin zu exorbitanten Beträgen, hinnehmen müssen."

Mit ihrem Vorschlag für die Ausweitung der Gebührenfreiheit auf das vorletzte Kita-Jahr habe die SPD einen Anstoß geben wollen, den Weg weiterzugehen. Merz zeigte sich überzeugt, dass dieser Weg richtig sei. "CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden dieser Frage nicht mehr lange ausweichen können, an der Gebührenfreiheit führt mittel- und langfristig kein Weg



#### **VERFASSUNGS-SCHUTZBERICHT: ALTE ZAHLEN STATT AKTUELLES LAGEBILD**

Mit Kritik an der Aktualität hat die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, die Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2015 bedacht. "Wenn der Jahresbericht für 2015 erst im September 2016 vorgelegt wird, ist das eher ein Ritual als ein Vorgang mit echtem Neuigkeitswert. Leider hat **Innenminister Beuth** überwiegend kein aktuelles Lagebild zu extremistischen Gefährdungen vorgelegt, sondern vor allem schon längst bekannte Zahlen. Unbestreitbar stellt die Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus zurzeit die größte Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar. Hier muss der Schwerpunkt im operativen Bereich liegen", so die Innenpolitikerin. Alarmierend sei allerdings auch die Zahl des Anstiegs von rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten, Hier erwarte die SPD von der Landesregierung ebenfalls konsequentes Handeln.

### HISTORISCHER TIEFSTSTAND BEI INVESTITIONEN

n der ersten Lesung zum Landeshaushalt 2017 hat der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Norbert Schmitt, heftige Kritik daran geübt, dass die schwarz-grüne Koalition trotz beachtlicher Mehreinnahmen die Investitionen austrockne. "Die Landesregierung schwimmt im Geld, weil die Konjunktur gut läuft und der Bund Milliarden Euro Hessen zur Verfügung stellt. Im Vergleich zur Vorgängerregierung hat Hessen 4,7 Milliarden Euro mehr zur Verfügung, trotzdem sollen die Investitionsausgaben um weitere rund 150 Millionen Euro auf 2 Milliarden Euro abgesenkt werden. "Der Anteil öffentlicher Investitionen in Hessen hat in den Jahren 2015 und 2016 historische Tiefstände erreicht. Trotz eines hohen Investitionsstaus im Bereich von Straßenbau und öffentlichem Personennahverkehr, trotz eines Fehlens von bezahlbarem Wohnraum und trotz historischer Tiefstände bei kommunalen Investitionen und einer Milliardenlücke im Schulbau ist ein Umsteuern nicht vorgesehen", so Schmitt.

Der SPD-Abgeordnete kritisierte in der Debatte insbesondere folgende Punkte:



Übte heftige Kritik an der Haushaltspolitik der Landesregierung: Norbert Schmitt,

- Der Sanierungsstau bei den Straßen in Hessen betrage Minimum vier Milliarden Euro. CDU und Grüne wollten 2017 dafür lediglich 7 Millionen Euro mehr bereitstellen. Dies sei peinlich und lächerlich.
- Trotz 650.000 fehlender Wohnungen wollten CDU und Grüne im Jahr 2017 nur 1.380 Wohnungen fördern. Diese Förderung ist ausschließlich den Zuweisungen vom Bund zu verdanken. In der Grundunterrichtsversorgung gibt es einen Stellenrückgang um 428 Stellen. Damit

verschlechtert sich das Schüler-Lehrer-Verhältnis besonders an den Grundschu-

- Real gebe es 2017 gerade einmal 95 Polizeistellen mehr. Vor dem Hintergrund der Arbeitszeitverkürzung werde es tatsächlich sogar weniger Polizei auf der Straße geben als in diesem Jahr.
- Die Zuwendungen für die Altenpflegeschulen werden um 3,5 Millionen Euro gekürzt werden, obwohl das ein echter Zukunftsberuf ist, bei dem es eine hohe Nachfrage gibt. "Trotz zahlreicher Herausforderungen hat das Land 2017 erhebliche finanzpolitische Spielräume, die unzureichend genutzt werden.

So erfreulich Mehreinstellungen in wichtigen Bereichen sind, umso unerfreulicher sind die weiterhin völlig unzureichenden Investitionen in den vorher genannten Bereichen. Hier lebt Hessen von der Substanz. Hessen wird nur schlauer, sicherer und gerechter werden, wenn es bei den Investitionen endlich wieder bergauf geht. Das ist aber von dieser Landesregierung nicht zu erwarten", fasste Schmitt die Kritik zusammen.



Tobias Eckert, Mdl

#### **SCHWARZ-GRÜNE ERLEICHTERUNG**

Eine Reform des Hessischen Gaststättengesetzes und der Hessischen Bauordnung stand im Hessischen Landtag auf der Tagesordnung, mit welcher der sogenannte Toilettenzwang auch für kleine und kleinste gastronomische Betriebe eingeführt werden solle. Das Wirtschaftsministerium hat im Vorfeld so getan, als löse es mit der Toilettenpflicht in der Kleingastronomie das Riesenproblem der sogenannten Wildpinkler. Natürlich ist nichts dagegen zu sagen, wenn gerade die männlichen Gäste auch in Mini-Gaststätten Toiletten zur Verfügung haben und nicht nur den Zaun des Nachbarn, Die Grünen wollten früher einmal die Welt retten – und heute sind sie als Koalitionspartner der CDU schon glücklich, wenn ihr Wirtschaftsminister Bäume, Sträucher und Hecken vor alkoholisierten Wildpinklern schützen darf. So ändern sich die Zeiten – und die Ideale der Grünen", kritisierte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Tobias Eckert.

## HESSISCHER LANDTAG ÖFFNET TÜREN

Auch in diesem Jahr öffnete der Hessische Landtag für alle Bürgerinnen und Bürger seine Türen. Der Fokus lag auf dem 70-jährigen Jubiläum des Landes Hessen. Die rund 7.000 Besucherinnen und Besucher haben auch den Stand der SPD-Fraktion besucht, konnten sich über das Gebäude und die Arbeit das Parlaments informieren, an einer Schlossführung teilnehmen und anschließend bei Musik, Essen und Trinken das herrliche Spätsommerwetter genießen.



Ein vielfältiges und buntes Rahmenprogramm im Landtag lockte zahlreiche Gäste an.



Heike Hofmann und Timon Gremmels (Mitte) bei der Eröffnung durch den Landtagspräsidenten



Standen unter anderem für die Besucherinnen und Besucher Rede und Antwort (v. l. n. r.): Ulrike Alex, MdL, Gerhard Merz, MdL, Landtagsvizepräsidentin Heike Habermann, MdL und Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL.

#### **IMPRESSUM**

SPD-Fraktion im Hessischen

Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion: Gert-Uwe Mende (verantwortlich) Dr. Wilfried Lamparter Michael Fraenkel Gerfried Zluga-Buck Isabel Neumann

Valeska Fuhr Anschrift: Schlossplatz 1-3 65183 Wiesbaden